

Wolffsche



Zeitung

15 Pfennig

Geogründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wöchentliche Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte „Beilage“, „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anpreisung in Goldmark, zum Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen zum Zeile 18 Pfennig. Preis Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ulstein'sche Buchdruckerei, Georg-Nischold, Verantw. Redakteur in Amn. & Geschäftsleitung: Carl W. Borch, Berlin, Gauerl. Manuskripte werden zur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Versehrte Zentrale Ulstein'sche, Amt Dönhofs 300—303, H. des Fernverkehrs Amt Dönhofs 3005—3008. Telegramm-Adresse: Ulstein'sche, Berlin. Postschekkonto Berlin 506.

England freundlich

Ein Londoner Communiqué

In Europas Schiffsl gebunden

London, 20. September (W. T. B.)

In diesen vergangenen Wochen wird die von gewisser Seite auf dem Kontinent verbreitete Ansicht, die in den letzten Tagen erfolgte Annäherung Deutschlands und Frankreichs sei der britischen Regierung keineswegs angenehm, hat sich eine Spitze gegen England entfalten können, als „vollkommen absurd“ bezeichnet. Es werde noch betont, daß ein großer Teil der Fähigkeit Frankreichs der Erreichung des erwünschten Ziels gewidmet gewesen sei, und hervorgehoben, ein wie großes Interesse England bestimme, jetzt, wo es durch die Locarno-Verträge an die Schiffe des Handels gebunden sei, an allem, was zur Förderung des europäischen Friedens und zur Befestigung einer Kriegsgelasse auf dem Kontinent beitrage.

who London, 20. September

Ein führender englischer Außenpolitiker erklärte der „Chicago Tribune“ den englischen Standpunkt zu den deutsch-französischen Verhandlungen in folgenden Darlegungen, die wie folgt abgedruckt sind:

aufserordentlich großen Tragweite im Wortlaut wiedergeben. Der Gewährsmann des amerikanischen Blattes führte aus:

„Wir sind bedauerlich, die günstige Entwicklung der deutsch-französischen Verhandlungen über eine endgültige Regelung aller ungelösten Fragen zwischen diesen beiden Ländern zu beobachten. Die Forderung ist geeignet, den Frieden in Europa, unsere einzige Stellung zu fördern.“

„Wir haben die schwierigen Unterhaltungen zwischen Paris und Berlin seit Monaten verfolgt und haben ihnen, wenn notwendig, einen Stoß nach vorwärts gegeben und sie in jeder Beziehung unterstützt. Ich bin froh, daß ein solches Ergebnis erzielt, indem er alle untergeordneten Fragen erledigt hat und immer nur auf das große, klar erkannte Ziel losgegangen ist.“

„Die Vereinigten Staaten müssen sich aber jetzt darüber freuen, daß die große und endgültige deutsch-französische Verständigung nicht aufhören konnte, ohne amerikanische Hilfe, weil Deutschland Frankreich finanzielle Kompensationen wird gewähren müssen für politische Entgegenkommen auf französischer Seite. Diese Kompensationen werden die Form einer Barmittelzahlung an die Deutschen haben müssen. Das kann nicht ohne die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der damit verbundenen politischen Entwicklungen zwischen Paris und Berlin die Frage einer Veränderung des Dawes-Planes und damit eng verbunden, eine Erörterung des Schuldproblems unter den Alliierten herbeiführen.“

des Friedens und die Verständigung mit Deutschland abzuwenden. Politisch der Einsparung seit Jahren mit der größten Geschäftlichkeit befaßt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß sie durch ihren Eintritt in das Ministerium ihre Auffassung geändert haben und daß sie den Burgfrieden, der im Hinblick auf die finanzielle und monetäre Befundung beschlossen wurde, auch auf die Außenpolitik ausdehnen bereit sind.

Die Diskussion, die darüber bereits in außenpolitischen Kreisen und in der Presse eingeleitet hat, läßt vermuten, daß die Ausnahmehandlung nicht allein auf das außenpolitische Gebiet beschränkt wird. Die nationalpolitischen Kreise fordern die ihnen nahebestehenden Mitglieder des Kabinetts auf, lieber zu demittieren, als die „verhängnisvolle Politik des Kartells“ mit ihrem Namen und ihrer Autorität zu belegen. Es gilt unter allen Umständen in unterzeichneten Kreisen für keineswegs ausgeschlossen, daß es über der Politik von Thoiry in Frankreich zu einer Regierungstrübe kommen wird.

Ein Habas-Dementi

Keine Unheimlichkeiten, weil bisher noch kein Bericht

Paris, 20. September (W. T. B.)

Donnerstag veröffentlicht mit Bezug auf den morgigen Ministerrat, in dem Briand über seine Genfer Befahrungen, insbesondere über die mit Reichsminister Dr. Stresemann Bericht erhalten wird, eine Erklärung, in der es heißt: „An gewissen Pariser Kreisen ist heute das Gerücht im Umlauf, daß es innerhalb und außerhalb der Regierung Unheimlichkeiten hinsichtlich der von Briand eingeleiteten Verhandlungen gegeben hätte. Dieses Gerücht entfesselt jeder Begründung, zumal Minister Briand bisher den Überläufer Kabinetsmitgliedern keine Darstellung über den Verlauf dieser Verhandlungen gegeben hat. Briand hat daher lediglich dem Ministerpräsidenten im Laufe einer kurzen Unterredung die großen Linien der Befahrungen von Genf und Thoiry dargelegt.“

Briands Freunde nicht untätig

Radikaldienst der „Wolffschen Zeitung“

Paris, 20. September

Der Generalrat des Departements Allier hat heute eine Entschließung gefaßt, in der er den Kabinetsminister Briand zu seiner Genfer Politik beglückwünscht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Verständigungspolitik mit Deutschland von Erfolg gekrönt sein möge.

Stresemann spricht im Rat

Radikaldienst der „Wolffschen Zeitung“

Genf, 20. September

Die heutige Radikaldienstung des Kabinettsrates hat sich heute mit anderen mit zwei deutschen Fragen, nämlich mit der Dr. Stresemann und der Dr. Stresemann'schen Fragen. Bei der Stresemann'schen handelt es sich zunächst um eine Formfrage. Die Ministerialregierung bezieht dem Generalrat die Nicht-Verfügbarkeit der dem Generalrat anliegenden Anträge über die Unterzeichnung der Verträge mitzuteilen, die in dem Rat am 17. September gefaßt ist, daß die Mitglieder des Rates das Recht haben, die Unterzeichnung des Vertrages auf Verlangen des Ministerkabinetts zu lenken.

Das Juristenkomitee war zu keinem einheitlichen Gutachten gekommen, da der schwedische Jurist, Unterstaatssekretär Floberg, ein Gegenutachten erfaßt hat, in welchem er die Unterzeichnung des Vertrages anerkennt, in dem er als praktisch bedeutungslos erklärt. Die Mehrheit des Juristenkomitees war der gleichen Ansicht, aber es hätte sich um den Standpunkt, die Unterzeichnung des Ministerkabinetts genau präzisieren wollten, in welchen Punkten eine Verletzung des Ministerkabinetts möglich. Das hätte die entgegenstehenden Mängel nicht geändert.

Die Debatte endet dadurch eine besondere Bedeutung, daß zum ersten Male der deutsche Delegierte, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, das Wort ergreift. Nachdem der deutsche Delegierte, Schönlank, sich dem Gutachten der Mehrheit des Juristenkomitees einverstanden erklärt hat, Stresemann aus, es sei sehr schwierig, sich eine Meinung über den Fall zu bilden, man die beiden Juristenutachten erst hätte prüfen zu seiner Kenntnis gekommen seien. Er stimme mit dem Gutachten der Juristen überein, wenn es feststellte, daß eine Unterzeichnung der Verträge über den Verzicht von Stenmel, welcher Stet immer frei, an die einzelnen Regierungen, die im Rat vertreten sind, gerichtet sein müßten und nicht an den Kabinettsrat selbst oder an das Sekretariat des Kabinetts. Es liegt den deutschen

Briands Gegner am Werk

Die Volksmehrheit für deutsch-französische Entente

Vor einer Kabinettskrise?

Radikaldienst der „Wolffschen Zeitung“

Paris, 20. September

Es ist allgemein, wie schnell große Dinge zuweilen ihren Weg machen. Noch vor wenigen Wochen war es — trotz Locarno und trotz der Gewißheit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund — eine sehr heikle Sache, in Frankreich von einer Räumung des Ministeriums vor dem im Friedensvertrag festgelegten Zeitpunkt zu sprechen. Zwei Wochen deutsch-französischer Zusammenkunft in Genf, und die bedeutsame Aussprache, die Briand und Stresemann über die Opportunität einer endgültigen Gleichrichtung aller beide Länder heute noch trennenden Interessenkonflikte und Streitfragen hatten, haben genügt, um in Frankreich einen Stimmungsumschwung herbeizuführen, wie ihn selbst unentwegte Optimisten noch vor kurzem kaum für möglich gehalten haben würden. Die Diskussion, die die Zusammenkunft von Thoiry in der Presse und in den parlamentarischen Kreisen von Frankreich ausgelöst hat, übertrifft ebenfalls durch die mehr als freundliche Aufnahme, die die von den beiden Staatsmännern in Aussicht genommene reifliche Vereinigung der Vergangenenheit über in den meisten Kreisen gefunden hat, wie durch die über alle Maßen hochgeschätzten Hoffnungen, die in Frankreich davon geträumt werden. Ist doch seit Thoiry in einem großen Teil der französischen Presse von nichts Überlegenem mehr die Rede, als von einer deutsch-französischen Entente, wofür sich von einem der beiden Staatsmänner in Genf, und dem die zwischen Briand und Stresemann getroffenen Vereinbarungen das Fundament gelegt haben sollen.

Gewiß, man wird, wenn man sich Entwürfen gegenüber öffnen will, gut daran tun, die tiefen Entschlossenheit gegenüber lautes Wort zu verwenden. Angeht es der Welt, so ist Briand und Stresemann sich einverstanden haben, selbst es auch hier an lauten Unterredungen für das, was tatsächlich in Thoiry beschlossen worden ist. Die Kommentare der Blätter tarpen infolgedessen fast im Reich, und man wird nicht jedes in der Befestigung des Augenblicks gesprochenen Wort auf die Beugbahn legen dürfen. Nichtsdestoweniger darf es als ein enormer, in seinen Folgen kaum zu überschätzender Fortschritt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich angesehen werden, daß in Frankreich der Gedanke einer vorzeitigen Stabilisierung der Beziehungen im Friedensvertrag von Versailles aufzuleisten mittelständigen Gerichten nicht nur ruhig und leicht diskutiert wird, sondern von den professionellen Gelehrten und Beamten abgesehen, kaum mehr grundsätzlichen Widerstand findet.

Die Antipese tritt rücksichtslos und mit größter Empfindlichkeit für die abschließende Räumung der befestigten Örtlichkeit ein, und die Blätter der Rechten, die mit Widerstreben gegeben müssen, daß die große Masse des französischen Volkes zu jedem Opfer bereit ist, das der Konsolidierung des Friedens zu dienen vermag, beschränken sich auf die Kritik an der eigenen Regierung hin, an den Führern des Kartells wegen der politischen Politik, die sie für die in ihren Augen verhängnisvolle Entschiedenheit der Dinge verantwortlichen machen.

Neben Briand sind es vor allem Herriot und Poincaré, die den Gesandten dieser nationalpolitischen Angriffe leiden. An Schwächen, diese Entwicklung fortzuführen und zu glücklicherem Erfolg für beide Länder reifen zu lassen, wird es hier obenwiegend wie in Deutschland liegen. Die französischen Nationalisten, die sich von ihrem ersten Schreden noch nicht erholt haben, schiden sich bereits an, das schmerzliche Gefühl gegen Briand aufzulösen. Sie werden nichts unterlassen, was geeignet ist, der angeblichen Verführung der beiden Völker-Kämpfer in den Weg zu werfen.

Auch im Kabinet wird Briand zuweilen auf harte Schicksalserfahren haben. Poincaré selbst hat sich seit der Übernahme der Regierung in allen außenpolitischen Fragen die größte Zurückhaltung gegenüber. Welche Haltung er den Briand'schen Projekten gegenüber einnehmen wird, ist unter diesen Umständen außerordentlich schwer zu sagen. Wenn einige Unterläufer bereits der Befestigung Ausdruck geben, daß Briand von seinem Ministerpräsidenten als ein autorisiert werden könnte, der ähnlich, wie es so fernsteht in Genua getan habe, Briand's Politik zu durchzuführen versuche, so erscheint solche Befestigung zum mindesten als stark verfehlt, da es in der Tat nicht sehr wahrscheinlich ist, daß Briand in Thoiry irgendwelche Zugeständnisse gemacht hat, von denen der angeblich französische Ministerpräsident nicht redigiert unterrichtet gewesen wäre. Man darf Poincaré, der seit einem Jahre die Aufgaben des Ministerpräsidenten über die Vorsehung und die Lücken des Ministerkabinetts erachtet, bestenfalls erkennen, daß die Briand dem verlustigen Nachweis gerundet sind, daß seine eigene Politik die Aufrechterhaltung des Friedens zum ausschließlichen Ziel gehabt habe, wohl zutreffen, daß er heute seinen Ehrgeiz daran legt, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, daß er bezeugt auf den Krieg hingearbeitet habe, durch die Tat zu entkräften.

Man außer Zweifel stehen muß doppelten angesehen werden, daß innerhalb des Kabinetts die Politik von Thoiry in den Ministerien Martin, Boncompagni, Carbin und vielleicht auch Barthou, so starke Gegner finden werde, die die auf die Sicherung